

aktionen zeitung

Nr. 4 September 2026

Für Industriearbeitsplätze mit Zukunft und ohne Rüstung

Ohne Streik wird sich nichts ändern

Mal ehrlich: Fünf Prozent vom Bruttoinlandsprodukt bis 2029 fürs Militär – das sind, gemessen an den Werten von 2025, 226 Mrd. Euro – die Hälfte des Bundeshaushalts. Das meiste davon durch Schulden finanziert. Und, bitte: nicht einmalig, sondern jährlich.

Da werden die jetzt vorgesehenen Kürzungen bei den Sozialleistungen, im Gesundheitswesen und bei der Rente nicht reichen, schlimmere werden folgen – wenn wir nicht dafür sorgen, dass dieser Wahnsinn gestoppt wird. Die diesjährigen Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften sind die massivsten seit über 80 Jahren. Die Agenda 2030 lässt die Agenda 2010 weit hinter sich. Diesmal wird nicht nur Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden der Krieg erklärt mit Folgen für das Lohnniveau. Diesmal gibt es außerdem einen Generalangriff auf die Arbeitszeit:

- die Lebensarbeitszeit – keine abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren;
- die Wochenarbeitszeit – Rückkehr zur 40-Stunden-Woche
- die tägliche Arbeitszeit – Arbeitstage von bis zu 13 Stunden.

Wir sollen uns so lange kaputtschufen, dass wir gar nicht mehr in den Genuss der Rente kommen.

Der Krankenstand ist so hoch wie seit 1970 nicht mehr – aber gesundheitliche Leistungen und ein Teil der Lohnfortzahlung werden gestrichen. Und wenn uns das krank macht, soll das künftig unser Privatproblem sein. Dafür spült die Ersetzung der Riesterrente durch ein privates „Altersvorsorgeguthaben“ hunderte Milliarden Euro in die Kassen des Vermögensverwalters Blackrock und anderer Finanzhaie. Füllt sich da Friedrich Merz, Ex-Aufsichtsratschef von Blackrock-Deutschland, die Taschen?

Die Angriffe kommen auch von Konzernvorständen. Sie arbeiten mit der Regierung Hand in Hand: Vivantes kündigt nach der Gesundheits„reform“ den Entlastungstarifvertrag der Charité; Mercedes-Chef Källenius will die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich; VW streicht 50.000 weitere Arbeitsplätze, obwohl der Konzern im ersten Halbjahr 2026 fast drei Milliarden Euro Nettogewinn gemacht hat.

Vier Werke sollen geschlossen werden, darunter mit Zwickau und Emden ausgerechnet solche,



die E-Autos produzieren.

Die Deindustrialisierung Deutschlands erfährt einen neuen, starken Schub, den die Rüstungsindustrie bei allen Milliarden, die sie einsteckt, nicht auffangen kann. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Beschäftigten allein im 1. Halbjahr 2026 um 144.000 gesunken, davon 42.000 in der Autoindustrie. Und in diesem Tempo geht es weiter, während zivile Infrastruktur

weiter verfällt und die Milliarden aus dem Sondervermögen in die Kriegsertüchtigung gehen. So wird auf die Lohnabhängigen abgewälzt, was Kapitaleigner und Regierung versäumt haben: den Umbau der Industrie auf eine Produktion, die sich von Kohle, Öl und Gas verabschiedet, Preissteigerungen vermeidet und das Land auf die sich verschärfende Klimakrise vorbereitet.

Wir müssen uns entscheiden:

Entweder wir sparen das Land kaputt und machen weitere Millionen Menschen arm. Satteln ein paar Betriebe auf Rüstungsproduktion um und lassen zu, dass gleichzeitig weitere Hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet werden. Oder wir erkennen endlich, dass Krieg nur alles kaputt macht und die Klimakrise umgehend energisches Umsteuern verlangt. Eines, das auch Arbeitsplätze sichert und neue schafft. Darum geht es in diesem Herbst.

Solidarische Politik ist Antifaschismus

Nicole Mayer-Ahuja

Die „Alternative für Deutschland“ ist keine Alternative für arbeitende Menschen. Aber viele wählen sie, auch Gewerkschaftsmitglieder. Fragt man warum, hört man Bekanntes: Angst um Arbeitsplatz und Zukunft, missachtete Leistung, im Betrieb hat man nichts zu sagen. Nicht Unternehmen, sondern „die Politik“ werden kritisiert. Doch das Problem ist das Zusammenspiel, etwa von Massenentlassungen und einer Rentenreform, die das Auffangnetz Altersteilzeit kappt.

Die Regierung erklärt den Rechtsruck mit zögerlichen Reformen. Ganz im Gegenteil! Ohnmacht und Wut lodern auf, wenn man keine



Gegenwehr jetzt!

Aufruf aus den Betrieben (Auszüge)

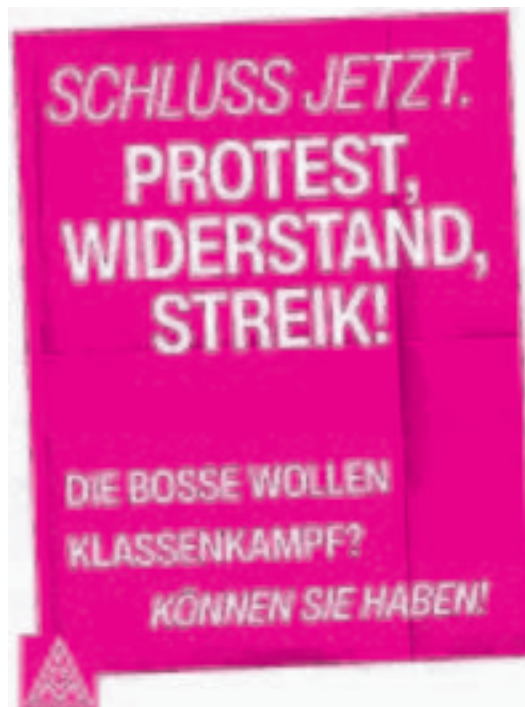
[...]

- **Hände weg vom Achtstundentag! Der Achtstundentag ist keine veraltete Vorschrift. Er ist eine der größten sozialen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Wir haben ihn erkämpft und wir werden ihn verteidigen.**
- **Hände weg von der 35-Stunden-Woche! Arbeitszeitverlängerung hat weiteren Personalabbau zur Folge und ist deshalb kein Beitrag zur Lösung der Krise, sondern ein Angriff auf Beschäftigte.**
- **Hände weg von unserer Rente! Keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters. Kein Angriff auf die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Die verblockte Altersteilzeit muss bleiben.**
- **Hände weg von weiterem Sozialabbau! Unser Sozialsystem darf nicht zugunsten einer milliardenschweren Kriegswirtschaft geopfert werden.**
- **Hände weg von unseren Tarifverträgen und Arbeitsplätzen! Schluss mit Stellenabbau, Werksschließungen und Verschlechterung unserer Arbeitsstandards [...]**

Dafür brauchen wir Gewerkschaften die

[...] mehr Mitsprache ihrer Mitglieder zulassen.

[...] keine Angst vor sozialem Ungehorsam haben, sondern denselben mit organisieren.



Erstunterzeichnet von: Erkan Akcicek IGM Tesla Grünheide · Karsten Awizio BR-Vorsitzender Alstom Mannheim · Michael Clauss stv. BR-Vors. Mercedes-Benz Untertürkheim · Monika Green BR und VK Mahle Thermal and Fluid Systems · Konstantin Kieser GEW Bezirksleitung Berlin Mitte · Namik Sarikaya VKL VW Kassel und weiteren 130 Kolleg:innen

Hier könnt ihr die Petition unterzeichnen und weiterleiten: <https://www.change.org/GEGENWEHR-JETZT>

Chance hat, sich gegen solche Politik zu wehren. Wen man auch wählt – jede Regierung verweist auf dieselben „Sachzwänge“. Kommissionen, die niemand gewählt hat, schaffen Fakten, die Parlamente nicht zerreden sollen. „Hart arbeitende Menschen“ werden gegen Lohnabhängige ausgespielt, die Grundsicherung beziehen oder „in das Sozialsystem zuwandern“. Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten, denn sie leben davon, Ungleichheit und Konkurrenz zu schüren. Wir brauchen eine Politik im Interesse von Lohnabhängigen – mit und ohne Job, woher sie auch kommen. Eine Politik gegen diejenigen, die aus Tarifverträgen fliehen, Betriebsratsrechte kappen wollen, Sozialsysteme aushuntern, Niedriglöhne zahlen und auf Steuern für Reiche verzichten, bis Menschen um sich schlagen. Solidarische Politik der Arbeit ist Antifaschismus – und alles müssen wir selber machen!

Nicole Mayer-Ahuja ist Professorin für Arbeitssoziologie an der Universität Göttingen

VW Osnabrück Zum sozial-ökologischen Umbau fehlt der politische Wille

Wir sprachen mit Annika Fuchs von ROBIN WOOD

VW will bis 2034 vier Werke schließen und die Produktion nach Osteuropa verlagern. Wie geht es in Osnabrück weiter?
Das Werk wird an den Finanzinvestor Aurelius Capital verkauft, das Land Niedersachsen wird eine Minderheitsbeteiligung halten. Die Autoproduktion geht dort 2027 zu Ende. Von jetzt

Osnabrück mit ein und ermöglicht eine „Konversion falsch herum“. Konversion ist also möglich, staatlich unterstützte Industriepolitik geht, wenn sie gewollt ist. Gewollt ist aber Aufrüstung, keine Produktion, die die Verkehrswende unterstützt.
Konkret hatten wir einen E-Kleinbus vorgeschlagen für den

produziert werden sollen. Gleichzeitig haben wir es nicht geschafft, mit der Belegschaft und der IG Metall ins Gespräch zu kommen.
Es gibt das Gerücht, die Arbeiter:innen hätten eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben müssen.



noch 1800 Beschäftigten – es waren mal 10.000 – werden 1400 übernommen. Als erstes werden vom israelische Rüstungskonzern Rafael Komponenten für Israels Iron Dome gebaut.

Israel produziert also Waffen in Deutschland – eine noch direktere deutsche Beteiligung an Israels Kriegen als die bisherigen Rüstungsexporte. Und die IG Metall und das Land Niedersachsen machen das mit – das ist skandalös.
Wir als Robin Wood schauen auf das Thema vor allem aus der Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation. Da ist die Rolle Niedersachsens wichtig. Das Land steigt nun in

On-Demand-Verkehr im ländlichen Raum. Das Land hat sich dem verweigert. Jetzt hat es kein Problem damit, an Rüstungsproduktion beteiligt zu sein. Auf den dramatischen Stellenabbau gibt es von Seiten der Politik aktuell keine industriepolitische Antwort.

Im vergangenen Jahr habt ihr ein stadtweites Bündnis für eine andere Konversion aufgebaut.
Das Bündnis ist letzten Sommer erfolgreich gestartet. Es hat aber an Boden verloren, weil die Leute militärische Verteidigungsfähigkeit mit Frieden gleichsetzen. Eine große Mehrheit der Stadtgesellschaft ist allerdings nicht glücklich damit, dass jetzt Waffen dort

Das ist gut möglich. In jedem Fall gab es auf Betriebsversammlungen die Ansage, nicht mit uns zu sprechen.

Dass Arbeiter:innen sich über ihre Arbeit nicht mehr öffentlich äußern dürfen, ist ein Schritt in Richtung Militarisierung der Arbeitswelt. Das zeigt, was auf uns zukommt.
Ja, Forscher:innen bestätigen das. Wenn sie Erhebungen zu den Möglichkeiten von Transformationsprozessen machen wollen, gibt es in Rüstungsbetrieben sofort Hürden, über was gesprochen werden darf. Das ist auch für die Zivilgesellschaft ein Problem.

Zwangsarbeit ist wieder möglich, § 2 des Arbeitssicherstellungsgesetzes von 2025 sieht vor:

„Für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes

1. das Recht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses vom vollendeten 18. Lebensjahr bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch beschränkt werden,
2. ein Wehrpflichtiger in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden,
3. eine Frau vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden.“

ZUKUNFTSWERK OSNABRÜCK

Sommer 2025 – 7. September 2026

die Hoffnung auf eine zivile, sozial-ökologische und demokratisch bestimmte Zukunft des Osnabrücker Volkswagenwerks.



Es hatte Ideen. Es hatte Alternativen. Es hatte Zukunft. Offis statt Kriegsgerät. Sinnvolle Arbeit statt Rüstungsproduktion. Seine Vorschläge wurden ignoriert. Mit dem Verkauf des Werkes an Rafael Defense Systems schied es endgültig aus dem Leben.

Todesursache
Profitgier. Verantwortungs- und Phantasielosigkeit. Eindimensionalität. Fatalismus.

Zu Grabe getragen von
Volkswagen und seinen Eigentümern, der verantwortlichen Politik, der Oberbürgermeisterin, der niedersächsischen Landesregierung sowie IG Metall und Betriebsrat, die in der Rüstungsproduktion den vermeintlich alternativen Weg zur Sicherung von Arbeitsplätzen sahen.

So wird ausgerechnet in der **FRIEDENSTADT OSNABRÜCK** Arbeit künftig davon abhängig, dass Rüstung gebraucht wird. Und Rüstung wird gebraucht, wenn Kriege geführt werden.

Wir beerdigen eine vertane Chance. Nicht: unsere Forderungen.

**ÖFFIS STATT PANZER.
SINNVOLLE ARBEIT STATT KRIEGSPRODUKTION.**

Die Hinterbliebenen:
die Aktivist*innen des Friedenswerks
Sagt NEIN! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden und Freund*innen der Friedensstadt Osnabrück

Für eine Industrie mit Zukunft!

Wohin man auch schaut, überall werden Industriearbeitsplätze abgebaut: bei VW bis zu 75.000, bei ZF bis zu 14.000, bei Bosch 22.000, bei BMW mehrere Tausend und so weiter. Die Zahl der Arbeitslosen steigt.
Dabei ist es nicht so, dass es keine Aufgaben gäbe, die erledigt werden müssten. Wir müssen gar nicht erst vom Bildungs- oder Gesundheitssystem, der Bahn oder dem ÖPNV sprechen, die alle vollkommen unterbesetzt sind, was zu mieser Versorgung der

Bevölkerung und zu viel zu hohen Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen führt.
Sprechen wir nur von der Industrie: Da wäre die Automobilbranche, deren Absatz zurückgeht. Wäre das nicht die beste Gelegenheit, über neue Produkte nachzudenken, die nicht für Massenmord, Aufrüstung und Verschärfung der Kriegsgefahr gedacht sind?
Das Verkehrssystem muss sowieso umgestellt werden, wenn wir die Klimakrise nicht noch

weiter verschärfen und Mobilität für alle wollen – also auch für jene, die aus den unterschiedlichsten Gründen kein Auto fahren können. Wenn wir das wollen, brauchen wir vor allem mehr Busse, Straßenbahnen und Züge. Viel mehr.
Schon jetzt arbeiten in der deutschen Bahnindustrie rund 200.000 Menschen. Bei einem massiven Ausbau von Bahn- und Stadtbahnsystemen könnten 100.000 bis 230.000 Arbeitsplätze hinzukommen.

Auch Busse werden mehr gebraucht. Studien belegen: VW müsste nicht einen Beschäftigten entlassen, würde der rückgängige Absatz durch die Herstellung von Bussen kompensiert. Die werden in kleineren Stückzahlen mit unterschiedlichsten Anforderungen bestellt und sind daher arbeitsintensiver.
Das Problem ist, dass eine Handvoll Menschen über so eine zentrale Frage entscheidet, die Hunderttausende Beschäftigte und, im Falle der Verkehrspolitik,

gar Millionen Menschen betrifft.
Die Familie Porsche-Piëch will neun Prozent Rendite. Da interessiert sie nicht, was mit den Standorten wird, an denen oft Hunderte weiterer lokaler Jobs und Zulieferer hängen. Das große Geschäft wird ohnehin in China und nicht mehr in Deutschland gemacht.
Hiesige Standorte interessieren die Aktionäre nur noch sehr bedingt. Damit gerät der Standortegoismus von Teilen unserer Gewerkschaft vollends in die Sackgasse.

Gemeinsam kämpfen Stimmen aus Betrieben und Gewerkschaften



Ulrike Eifler Friedensumbau statt Kriegsvorbereitung

Die Antwort der Bundesregierung auf die Industriekrise ist Aufbau von Rüstungsindustrie: Autowerke werden zu Rüstungsbetrieben umgewidmet. Staatliche Aufträge in Milliardenhöhe ausgeschüttet. Abnahmegarantien festgeschrieben. Und ein Arbeitssicherstellungsgesetz beschlossen, das im Ernstfall für eine ungestörte Rüstungsproduktion sorgen soll. Jeden Monat gehen 12.000

Industriearbeitsplätze verloren. Anstatt mit diesem Fachwissen einen ökologischen Umbau von Industrie und Gesellschaft einzuleiten, setzen Merz und Reiche auf den Aufbau einer gesellschaftlich nutzlosen und ökologisch zerstörerischen Industrie. „Panzer statt Straßenbahnen“, lautet die fatale Devise.

Die 215 Milliarden Euro, die die Bundesregierung jährlich für

Rüstung ausgeben will, wären in einem Industrieumbau, der den Menschen nutzt, sehr viel besser angelegt. Einmal abgesehen davon, dass die milliardenschwere Aufrüstung nicht nur zu Lasten ziviler Industrieinvestitionen geht, sondern auch zu Lasten von Rente, Gesundheit und Daseinsvorsorge.

Wer Jobs retten will, der muss für den Frieden produzieren. Und

wer Respekt vor der hart arbeitenden Mehrheit hat, der schickt sie nicht in den Krieg! Die IG Metall Würzburg leistet dazu einen konkreten Beitrag, indem sie eine Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer eingerichtet hat.

Ulrike Eifler ist aktive Gewerkschafterin aus Würzburg und Mitbegründerin der Initiative „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“.

Lena Brunk Gesundheit statt Profite

Das Bündnis „Gesundheit statt Profite“ kämpft seit Jahren dafür, das Gesundheitssystem (wieder) am Bedarf und am Wohlergehen der Menschen auszurichten – und nicht daran, was die größtmöglichen Gewinne verspricht.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Aufrüstung ist Letzteres besonders fatal. Denn

einige wenige Unternehmen wie Rheinmetall verdienen Unsummen mit Zerstörung, Leid und Tod für viele.

Geht es nach dem Willen der Bundeswehr, würde das Gesundheitssystem fast vollständig auf die Bedürfnisse des Militärs ausgerichtet.

Dann verlängern sich Wartezei-

ten und es muss immer mehr aus eigener Tasche bezahlt werden. Für die breite Bevölkerung sind dann noch weniger Kapazitäten und Ressourcen zugänglich. Für die Beschäftigten aber bedeutet die Militarisierung der Krankenhäuser massive arbeitsrechtliche Einschnitte.

Wir streiten für gute Arbeits-

bedingungen und Löhne, damit Patient:innen gut versorgt werden.

Lena Brunk ist Pflegefachkraft und aktiv im Berliner Bündnis „Gesundheit statt Profite“



Anja Voigt Den Tarifvertrag Entlastung verteidigen

Die ersten Leidtragenden des Sparkurses im Gesundheitswesen sind die Pflegekräfte im Krankenhaus. Denn die Kliniken, die Berliner Charité an der Spitze, kündigen die Entlastungstarifverträge.

Dort war 2021 der erste solcher Verträge nach vier Wochen Streik durchgesetzt worden. Er hat zur Einstellung von über Tausend neuen Pflegekräften und zu

verbesserten Arbeitsbedingungen geführt.

Die Kolleg:innen der Charité haben sich die Kündigung nicht gefallen lassen und sind Anfang September in den Warnstreik getreten. Es waren nur zwei Tage, weil die Klinikleitung gegen die von ver.di vorgeschlagene Notdienststörung – leider erfolgreich – geklagt hat.

Sie hat verlangt, dass für den

Notdienst weit mehr Kolleg:innen bereitstehen sollen als üblich, teilweise sogar mehr als im Normalbetrieb. Das soll auch in Zukunft so sein.

Da geht es nicht um den Notdienst, sondern darum, Personal an der Teilnahme am Streik zu hindern.

Das ist eine krasse Einschränkung des Streikrechts!

Ver.di ist dagegen in Berufung

gegangen.

Das ist jetzt wieder ein beispielhafter Kampf: Geht der Konflikt zugunsten der Charité aus, werden die anderen Kliniken nachziehen. Er geht alle an.

Anja Voigt ist Betriebsrätin am Klinikum Berlin Neukölln



Thorsten Donnermeyer VW: Uns hat keiner gefragt

VW darf weitere 50.000 Stellen abbauen – die Arbeitnehmerbank hat dem im Aufsichtsrat zugestimmt. Und Werkschließungen sind weiterhin nicht ausgeschlossen.

Warum? Damit die Rendite von jetzt 3,8 auf 9 Prozent steigt. Investitionen soll es erst geben, wenn die 9 Prozent erreicht sind.

Christiane Benner, Chefin der IG Metall, hat das ein Wolkenku-

ckucksheim genannt. Sie hat aber im Aufsichtsrat zumindest nicht dagegen gestimmt.

Die Demokratie endet mal wieder am Werkszaun. Uns hat keiner gefragt, ob wir das hinnehmen wollen. Unten bleiben die Probleme aber hängen: An welchen Standorten werden Stellen abgebaut und wieviele jeweils? Gibt es Aufhebungsverträge? Oder Entlassungen?

Die IG Metall hat keinen Plan, was sie dem Arbeitsplatzvernichtungsprogramm entgegenzusetzen will. Unsere Antwort kann doch nur heißen: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!

Bisher ist es erst nur ein Aufsichtsratsbeschluss, in den Betriebsräten und den Gewerkschaftsstrukturen wurde darüber nicht diskutiert. Für jeden einzelnen stellt sich jetzt konkret die

Frage: Kämpfen oder den Niedergang einfach hinnehmen?

Jetzt heißt es, gemeinsam den Kampf mit unseren Kolleg:innen von Mercedes, BMW, Opel und der Zulieferindustrie organisieren. Diese Aktionszeitung trägt einen wichtigen Teil dazu bei.

Thorsten Donnermeyer ist Vertrauensmann bei VW Kassel



Solidarisch mit den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wirbt die Bundeswehr Freiwillige an. Karriereberater und Jugendoffiziere gehen in Schulen und auf Ausbildungs- und Berufsmessen, die Bundeswehr bietet Schülerpraktika und die Möglichkeit an, den Girls- und Boys-Day bei der Bundeswehr zu verbringen.

Sie vermittelt Kindern und Jugendlichen das Bild einer Armee, die mit dem Angeschminktwerden im Kasernenalltag nicht viel zu tun hat.

Aus eigener Erfahrung kann ich von Jugendoffizieren an unserer Schule berichten, die auf einer schulinternen Ausbildungsmesse

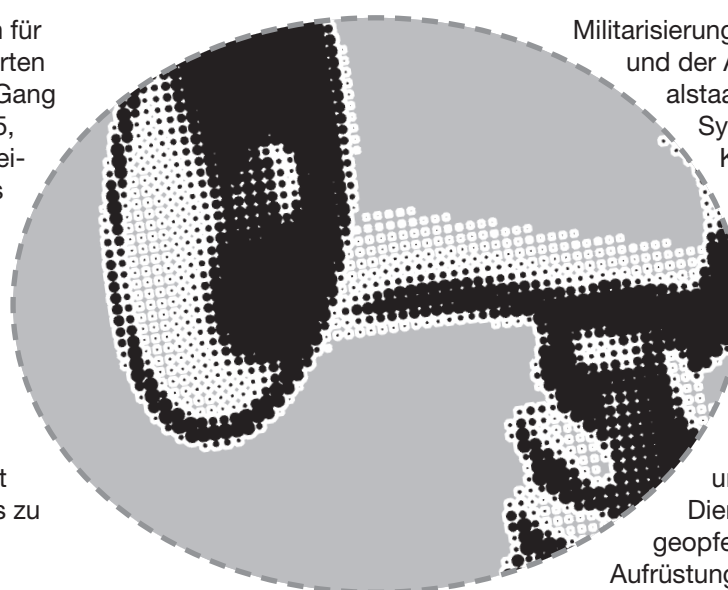
den Einsatz in Afghanistan für sinnvoll und wertvoll erklärten – als der Einsatz noch im Gang war; aber sogar noch 2025, als das katastrophale Scheitern dieses langen Krieges vor aller Augen lag.

Die Werbung für die Bundeswehr wird verharmlosend als „Pflicht zur Information des Bürgers“ dargestellt.

Friedenspolitische und militärkritische Organisationen werden meist nicht eingeladen, ihrerseits zu informieren.

Ein Lehrer aus Kassel

Kämpft für unsere Zukunft, nicht für ihre Kriege! Internationaler Jugend- und Studierendenstreik am 20.11.2026



Militarisierung, Autoritarismus und der Abbau des Sozialstaats sind allesamt Symptome einer Krise des globalen Kapitalismus. Die Militärausgaben erreichen historische Höchststände, während Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnungswesen und öffentliche Dienstleistungen geopfert werden, um die Aufrüstung zu finanzieren. Programme wie „ReArm

Europe“ (800 Milliarden Euro für Rüstung), der Ausbau militärischer Bündnisse wie der NATO und die Forderungen nach Wehrpflicht bereiten unsere Generation auf den Krieg vor, anstatt unsere Zukunft zu sichern.

Generationen vor uns haben gezeigt: Wenn Studierende und Jugendliche sich organisieren und kämpfen, bewegt sich die Gesellschaft. Unsere Zukunft wird uns nicht geschenkt. Jetzt ist es an der Zeit, die Aktionen auszuweiten.

Auszüge aus: https://youthstrike.org/?page_id=2

Kämpfen lohnt sich Erfahrungen von früher

Entschlossenheit siegt – der Kampf um die 35-Stunden-Woche

Die internationale Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre führte vor allem in der Stahl-, Metall- und Druckindustrie zu einer Rationalisierungswelle und massenhaftem Stellenabbau.

Die Kollegen der Stahlindustrie waren 1978 die ersten, die darauf mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung antworteten, um Entlassungen durch Umverteilung der Arbeit zu verhindern. Die

35-Stunden-Woche war das Ziel. 44 Tage wurde dafür gestreikt.

Entgegen ihrem Willen beendete die IG-Metall-Führung diesen Kampf, indem sie einem Tarifvertrag zustimmte, der Freischichten und mehr Urlaub, ansonsten aber die Festschreibung der 40-Stunden-Woche vorsah. Er ließ den Stahlbaronen freie Hand, die angekündigte Arbeitsplatzvernichtung (ein Viertel der Stellen) durchzusetzen.

Der Schritt löste einhellige Empörung unter den Kollegen aus und veranlasste die Vertrauensleute von Mannesmann Huckingen, einen zornigen Brief an den IG-Metall-Vorstand zu richten. Darin forderten sie den Bezirksleiter der IGM in Essen zum Rücktritt auf und kündigten ihrem Ersten und dem Zweiten Vorsitzenden an, sie auf dem nächsten Gewerkschaftstag nicht mehr wählen zu wollen.

Dieser Gewerkschaftstag beschloss dann zwei Jahre später die 35-Stunden-Woche als Tarifziel und machte den Weg frei für einen siebenwöchigen Streik in der baden-württembergischen und hessischen Metallindustrie 1984, in dem die 38,5-Stunden-Woche durchgesetzt wurde. Die Drucker schlossen nach 13 Wochen Streik ein ähnliches Ergebnis ab. Das Unternehmertabu: nicht weniger als 40 Wochenstunden, war gebrochen.

Kurze Vollzeit für alle!

Seit Januar 2025 steigen die Arbeitslosenzahlen wieder, im Juni dieses Jahres auf offiziell 3 Millionen (6,2 Prozent). Die anstehenden Entlassungen werden die-

den die Pflicht zur elektronischen Erfassung von Arbeitszeiten unbürokratisch regeln« – heißt das: Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (2019), dass jede Minute Arbeitszeit



Im Jahr 2003 – die Regierung Schröder setzte gerade die Hartz-Gesetze durch – beriefen sich aktive Kolleg:innen von „Gegenwehr ohne Grenzen“ (GOG) bei Opel Bochum auf den Brief der Betriebsräte zehn Jahre zuvor (siehe Bild). Ihre Lehre daraus und ihr Appell: „Wollen wir uns gemeinsam wehren, können wir nicht auf die Gewerkschaftsspitzen warten.“

114 Tage: der lange Kampf um die Lohnfortzahlung

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird in Frage gestellt. Mit einem ersten kleinen Schritt fängt es an: der Attestpflicht ab dem ersten Krankheitstag.

Um Lohnfortzahlung wurde einst schwer gerungen. Bis in die 1960er Jahre hinein war es in Westdeutschland für viele selbstverständlich, dass Krankheit ein Loch in die Haushaltskasse riss. Wer mit Fieber im Bett blieb, bekam keinen Lohn.

Im Oktober 1956 traten deshalb über 30.000 schleswig-holsteinische Metallarbeiter in den Streik. Ihr Ziel: Im Krankheitsfall soll der Lohn sechs Wochen lang weitergezahlt werden. Es wurde der längste Ausstand der westdeutschen Geschichte. 114 Tage. Trotz winterlicher Kälte und massivem Druck aus den Chefetagen. Im Februar 1957 schließlich der Durchbruch. Die Lohnfortzahlung wird per Tarifvertrag vereinbart.

Andere Branchen ziehen in den nächsten Jahren nach, 1969 wird 100-Prozent-Lohnfortzahlung per Gesetz festgeschrieben.

1996 sollte das Rad dann zurückgedreht werden: Im Bundestag machen Union und FDP aus 100 nur noch 80 Prozent. Konzerne wie Daimler möchten die neue gesetzliche Regelung sofort übernehmen, die Tarifverträge entsprechend ändern. Doch die Gewerkschaftsbasis ist alarmiert. Mit großen Demos, einer Autobahnbesetzung und Warnstreiks im ganzen Bundesgebiet können die Angriffe abgewehrt werden: Für neun Millionen Beschäftigte werden die Tarifverträge verteidigt. Zwei Jahre später bringt eine neue Mehrheit im Bundestag das Gesetz wieder auf den alten Stand. Ohne den massiven Druck aus den Betrieben wäre das kaum möglich gewesen.

Stellenabbau in Deutschland (Stand 4.9..2026)

VW	75.000
Porsche	8.900
Mercedes	5.500
„freiwillige“ Abgänge	
BMW	8.000
Ford	1.000+
Opel	650
Tesla	1.700
IAV	1.500
Bosch	20.000
Continental	1.450
Schaeffler	2.800
ZF	14.000
ThyssenKrupp ca.	11.000
Daimler Truck ca.	5.000
MAN ca.	2.300
SAP jährlich weltweit bis zu	2.200
Aumovio	mehrere Hundert
Valeo	665
Siemens	mehrere Tausend
BASF	mehrere Tausend
Wacker Chemie ca.	1.500
Evonik	mehrere Hundert
Goodyear	1.050



sen Trend verschärfen.

Doch Bundeskanzler Friedrich Merz meint: »Wir müssen wieder mehr und effizienter arbeiten«. Im Vorstand von Mercedes Benz wird ähnlich gedacht: Massententlassungen plus Arbeitszeitverlängerung = höhere Profite. Und damit noch mehr Arbeitslose. Unsere Antwort muss anders sein.

Acht-Stunden-Tag verteidigen

Warum will die Regierung statt einer täglichen künftig eine wöchentlichen Arbeitszeit festschreiben – wenn das Arbeitszeitgesetz jetzt schon fast alles zulässt? Die Ruhezeit von elf Stunden zwischen zwei Arbeitstagen soll fallen, denn Unternehmen wollen noch flexibler auf unsere Zeit zugreifen.

Wenn im Koalitionsvertrag von Union und SPD steht: »Wir wer-

dokumentiert und bezahlt werden muss, wird weiter nicht umgesetzt.

Dabei arbeiten Vollzeitbeschäftigte schon jetzt im Schnitt (!) pro Woche fünf Stunden länger als im Vertrag steht. Insgesamt 1,2 Mrd. Überstunden (2025) – davon die Hälfte unbezahlt. Und viele Überstunden tauchen in keiner Statistik auf, weil sie bei Vertrauensarbeitszeit nicht erfasst werden.

Arbeit und Reichtum umverteilen

„Arbeiten ohne Ende“ macht krank. Doch auch Teilzeitarbeit und »Minijob« passen nicht zum Leben, weil man davon weder Miete zahlen noch Altersarmut entgehen kann. Die Lösung: 30 Stunden pro Woche für alle – natürlich mit Lohn- und Personalausgleich!

Der Kampf um die Arbeitszeit gehört in die Tarifrunden!

Die AKTIONSZEITUNG Nr. 4 hat 4 Seiten. Sie wird gefördert von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt (MundA) und der Jakob Moneta Stiftung.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Thorsten Donnermeier VW Kassel · Angela Klein Redaktion SoZ · Wolfgang Pomrehn SoZ

Herausgeber: Verein für solidarische Perspektiven
Gestaltung: Joachim Römer · Vertrieb: Heino Berg
Druck und Versand: Union Druckerei Berlin · Webseite: <https://aktionszeitung.de/>
Schreibe an: kontakt@aktionszeitung.de

In Rechnung gestellt werden Porto & Verpackung. Bitte vermerkt auf eurer Überweisung das Stichwort „Aktionszeitung“.

Bestelladresse: kontakt@aktionszeitung.de oder über das Onlineformular: <https://aktionszeitung.de/index.php/bestellungen/>

Der Rechnungsbetrag ist zu überweisen auf das KONTO:
Verein für solidarische Perspektiven (VsP e.V.) · Stichwort: Aktionszeitung
IBAN: DE07 3701 0050 0006 0395 04 · BIC: PBNKDEFF

Spendenaufruf

Die AKTIONSZEITUNG lebt von der aktivistischen wie materiellen Unterstützung derer, die ihre Ziele teilen. Die Förderung durch die Stiftung deckt nicht alle unsere Unkosten, obwohl die meiste Arbeit ehrenamtlich geleistet wird. Wenn Du die AKTIONSZEITUNG finanziell unterstützen möchtest, überweise Deine Spende bitte auf das oben genannte Konto mit dem Vermerk: „Spende Aktionszeitung“

Spenden an den „Verein für solidarische Perspektiven“ sind steuerlich absetzbar.

V.i.S.d.P. Angela Klein · Verein für solidarische Perspektiven · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln